



9. Oktober 2020



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist geschafft! **Karin Welge ist die erste Oberbürgermeisterin in Gelsenkirchen.** Dazu gratulieren wir ganz herzlich! Der Einsatz der letzten Wochen und Monate hat sich ausgezahlt. Als Landtagsabgeordnete wollen wir Danke sagen, denn für unsere Arbeit als Landtagsabgeordnete ist es wichtig, dass wir eine Oberbürgermeisterin an der Spitze der Stadt haben, die gemeinsam mit uns die Interessen Gelsenkirchens auf Landesebene vertritt. Auf diese Zusammenarbeit mit Karin Welge, sowie den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern im Rat der Stadt und den Bezirksvertretungen freuen wir uns sehr!

16 Jahre unermüdlicher Einsatz für die Menschen unserer Stadt sind eine wahrhaftige Leistung. Frank Baranowski hat diese Stadt maßgeblich mitgeprägt und in eine gute Richtung vorangetrieben, auf die nun Karin Welge aufbauen kann. Dafür danken wir ausdrücklich und wünschen ihm alles Gute für seinen zukünftigen Lebensweg.

Spannende Wochen, so auch im Landtag. Die Haushaltswoche stand an und die Landesregierung legte eine Finanzplanung mit Schuldenrekorden vor. Schulden auf der einen Seite und sparen an den falschen Stellen auf der anderen Seite - eine wahrhaftige Leistung. So hilft man nicht den Vielen, sondern nur den Wenigen im Land und das in Zeiten, in denen Menschen um ihre Existenzen fürchten müssen. Wir haben eine klare Haltung dazu und haben in mehreren Anträgen die Landesregierung zum Umdenken aufgefordert. Weitere Themen aus dem Landtag sowie aus dem Wahlkreis finden Sie auf den nachfolgenden Seiten.

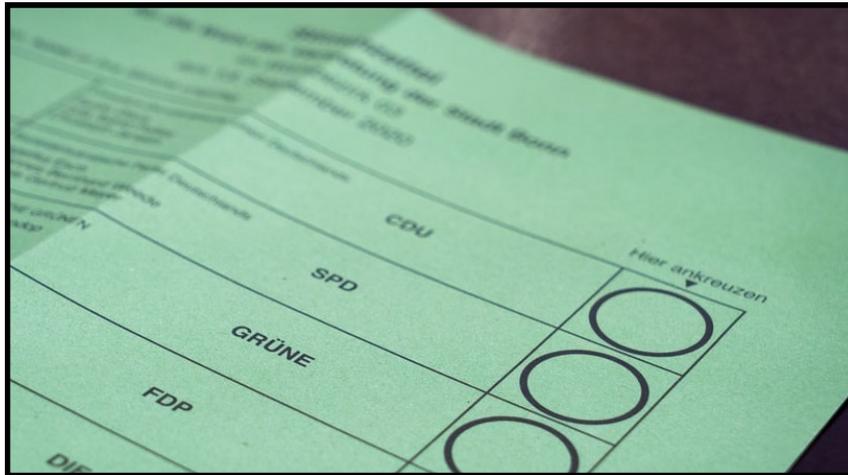
Mit solidarischen Grüßen

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

Wahlalter 16 – Wir wollen jungen Menschen eine Stimme geben



Copyright by Mika Baumeister / unsplash

Wenn es nach uns ginge, dann dürften bei der nächsten Landtagswahl 2022 auch junge Menschen ab 16 Jahren wählen. Schon im April des letzten Jahres wollten wir die Landesverfassung dahingehend ändern. Damals scheiterte der Versuch an den Gegenstimmen von CDU, FDP und AfD. Nachdem sich Minister Stamp nun jedoch für die Absenkung des Wahlalters ausgesprochen hat, setzten wir am vergangenen Plenardonnerstag darauf, dass auf seine Worte Taten folgen würden und unser Antrag endlich die erforderliche Mehrheit finden würde. Leider wurde unser Antrag mit den Stimmen von FDP, CDU und AfD abgelehnt.

[Drucksache 17 / 11173](#)

30 Jahre Deutsche Einheit



Copyright by SPD-Landtagsfraktion

Die Deutsche Einheit hat runden Geburtstag gefeiert und wir nutzen die Gelegenheit, um auf ihre Anfänge zurückzublicken: Die friedliche Revolution, die Deutschland letztlich einte, zeigt uns, wozu Menschen und Politik gemeinsam in der Lage sind. Daran können wir uns auch heute noch ein Beispiel nehmen. Auch nach 30 Jahren Einheit lohnt es sich, innezuhalten und der historischen Leistung, die die Menschen in der damaligen DDR erbracht haben, zu gedenken.

[Drucksache 17 / 11159](#)

Reichskriegsflaggen verbieten

Reichskriegsflaggen dienen Rechtsradikalen als Ausdruck ihrer menschenverachtenden Gesinnung. Bilder von Menschen, die stolz mit hoch erhobenen Reichskriegsflaggen die Treppen des Reichstags stürmen, haben uns alle zutiefst und nachdrücklich schockiert.

Wir leben in einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft, die keinen Platz für diese Nazi-Symbolik hat. Aus diesen Gründen haben wir ein Verbot der Reichskriegsflaggen gefordert. Unser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und Grüne verabschiedet.

[Drucksache 17 / 11174](#)



Copyright by SPD-Landtagsfraktion

Finanzielle Sicherheit trotz ungewisser Zukunft

Immer noch leidet die Veranstaltungsbranche unter der ungewissen Corona-Zukunft. Doch Menschen brauchen auch in unvorhersehbaren Zeiten finanzielle Sicherheit, und das ganz unabhängig davon, ob Corona-Fallzahlen steigen oder fallen. Seit Monaten setzen wir uns bei der Landesregierung schon für die vielen Beschäftigten und Unternehmerinnen und Unternehmern der Veranstaltungsbranche ein.

Bis es eine Lösung gibt, werden wir keine Ruhe geben.

[Liken, teilen, drüber reden!](#)



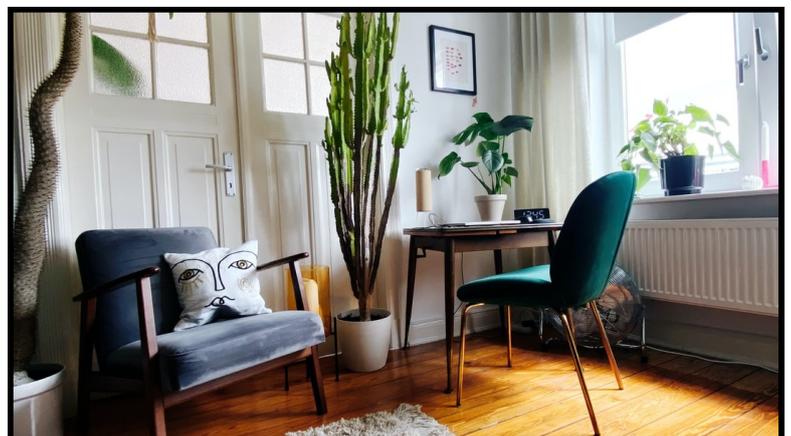
Copyright by SPD-Landtagsfraktion

Mietwahnsinn stoppen

Mieterschutz, scheinbar ein Fremdwort für die nordrhein-westfälische Landesregierung. Lасhet und Co. versprochen zwar den Anstieg der Mieten durch mehr Wohnungsbau zu bekämpfen, von den Versprechen übrig geblieben ist scheinbar allerdings nichts. Die Wohnungsnot in den Städten hat sich unter Schwarz-Gelb nur noch verschärft.

Wir haben deutlich gemacht: Es bedarf mehr mietpreisgebundenen Wohnraum in NRW, damit der Mietwahnsinn endlich ein Ende hat.

[Drucksache 17 / 9037](#)



Copyright by Catherina Schürmann / unsplash

Aus dem Wahlkreis

Was unternimmt die Landesregierung gegen Kraftfahrzeugrennen in Gelsenkirchen?



Copyright by www.pikabay.com

Bei Ausrichtung oder Teilnahme an so genannten „Streetracings“ droht seit 2017 eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren. Ein wichtiges Gesetz, welches die „Poser- und Raserszene“ aber auch bei uns in Gelsenkirchen nur bedingt von ihrem fahrlässigen Verhalten abzuhalten scheint. Während sich derartige Rennen in der Vergangenheit oft im Hafengebiet Graf-Bismarck abgespielt haben, treffen sich vorwiegend junge Fahrerinnen und Fahrer, mittlerweile vorzugsweise auf dem Parkplatz der Zoom-Erlebniswelt und des Nordsternparks, sowie auf diverse Abschnitte der Horster Straße, um ihre hochgetunten Fahrzeuge oftmals lautstark vorzuführen und Beschleunigungsrennen durchzuführen.

Nachdem die SPD-Ratsfraktion bereits bei der Gelsenkirchener Polizeipräsidentin um Darstellung der polizeilichen Gegenmaßnahmen gebeten hat, bitten wir die schwarz-gelbe Landesregierung in einer Kleinen Anfrage um Stellungnahme. Wir möchten wissen welche Konzepte/welche Maßnahmen die Landesregierung verfolgt, um die Poser- und Raserszene nachhaltig unter Kontrolle zu bekommen und reinen Verdrängungseffekten zuvorzukommen— möglicherweise jenseits der Gelsenkirchener Stadtgrenzen. Denn am Ende ist niemandem geholfen, wenn sich die Szene nur auf andere Orte verlagert.

Digitalen Ausbau im Ruhrgebiet vorantreiben

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur gehört mehr und mehr zur Grundversorgung, was nicht zuletzt auch durch die Ausweitung von Home-Office und -Schooling im Zuge der Corona-Pandemie nachhaltig unterstrichen wurde. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich den Ausbau einer flächendeckenden gigabitfähigen digitalen Infrastruktur zum Ziel gesetzt.

Doch was ist ein Ausbaupersprechen seitens CDU und FDP überhaupt wert? Wir schauen der Landesregierung mithilfe unserer Kleinen Anfrage ganz genau auf die Finger. Wie viele Gelsenkirchener Haushalte sind an gigabitfähige Netze angebunden? Welcher Anteil der Haushalte in unserer Stadt sind mit Mobilfunk in 5G versorgt? Welchen Anteil hat die Landesregierung daran? Was sind die jeweiligen Zielgrößen der Landesregierung?